

K-5NEU-1131 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller\*in: Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei)

## Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 1131 bis 1147:

Die Medien erfüllen durch ~~Information~~ unabhängige Information, ausgewogene Debatte und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Freie und unabhängige Medien sind notwendige Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die Angriffe, denen ~~freie~~ Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit und werden die Unabhängigkeit von Journalist\*innen wahren und sichern. Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität und Pluralität der Gesellschaft widerspiegeln und adressieren. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. ~~Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln und adressieren.~~ Um die ~~Vielfalt und~~ Teilhabe ~~von unterrepräsentierten~~ unterrepräsentierter Gruppen und die Vielfalt im ~~RBB~~ rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln. ~~Hier~~ Dabei wollen wir ~~einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz~~ Ergebnisse der ~~Bevölkerung zur Zahlung~~ Aufarbeitung der ~~Rundfunkabgabe weiter hoch halten könnte~~ Untersuchungen des rbb berücksichtigen. Die Krise des rbb muss lückenlos aufgearbeitet und Missstände beseitigt werden. Bei aller gebotenen Staatsferne des öffentlich rechtlichen Rundfunks setzen wir uns für eine Stärkung der Aufsichtsgremien, unabhängige Kontrollmechanismen und die Gleichstellung der Freien Mitarbeiter\*innen ein. Bonuszahlungen und Sondervereinbarungen im rbb lehnen wir ab. Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung von illegalen und demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen auch nicht außerhalb der Verantwortung der Plattformen durch dies begünstigende Algorithmen ~~automatisiert~~ vorangetrieben werden. Wir werden die Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die Plattformregulierung durch die ~~Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln~~ Landesmedienanstalt weiter zu entwickeln und die dazu nötigen Grundlagen sichern.

## Begründung

Die spektakulären Enthüllungen der Missstände im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bedürfen einer Konkretisierung und Aktualisierung des Wahlprogramms. Viele unserer Forderungen, seien sie aus der LAG-Arbeit oder innerhalb der Fraktion entsprungen, finden sich so erst sichtbar wieder. Wir können uns es aber nicht leisten, die gigantische Medienkampagne des letzten Jahres unkommentiert zu lassen. Hatespeech und Fake News müssen innerhalb von Plattformen (einige haben das geradezu als Geschäftsmodell) und außerhalb, etwa durch Automatismen, stärker reguliert und bekämpft werden. Wenn dazu mehr Mittel und Personal nötig wird, gilt es entweder den Vorwegabzug stärker zu reduzieren / abzuschaffen (dann kommen die Mittel "staatsfern" aus der Rundfunkgebühr), oder neue Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Am Geld darf der Kampf gegen Hass und Hetze nicht scheitern.

## Unterstützer\*innen

Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow); Rike van Kleef (LV Grüne Jugend Berlin);

Kerstin Quitsch (KV Berlin-Kreisfrei); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)